

Keine Einigkeit bei Parkplätzen

Thuner Stadtrat (1) 60 neue Wohnungen sind an der Bernstrasse in Thun vorgesehen. Die Grundlage hat der Stadtrat mit seinem Ja zur Planung gelegt – nach Diskussionen um Parkplätze.

Michael Gurtner

Direkt an der Bernstrasse in Thuns Norden liegt das einstige Fabrikgebäude des Uhrenzulieferers Comadur. Dieser ist bereits vor Jahren an die C.-F.-L.-Lohner-Strasse weitergezogen – nun soll rund um die ehemalige Fabrik eine neue Überbauung mit 60 Wohnungen sowie Gewerbe entstehen (wir berichten, siehe Box). Allerdings braucht es dafür das Okay des Stadtrats zu einer neuen Planungsgrundlage, einer sogenannten Zone mit Planungspflicht (ZPP).

Denn für den Gemeinderat ist klar: Die aktuell geltenden Vorschriften werden dem Potenzial des Gebiets nicht gerecht. «Thun hat einen der tiefsten Leerwohnungsbestände in der ganzen Schweiz. Es ist gut, wenn es zu zusätzlichen attraktiven Wohnraum gibt», sagte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) an der Parlamentsitzung vom Donnerstagabend. Mit der neuen ZPP sind künftig beispielsweise im Bereich Bernstrasse maximal

sechs statt wie bisher drei Vollgeschosse möglich.

Viel Lob, aber nicht überall Einigkeit

Im Stadtrat gab es für die Pläne Lob aus allen Parteien. Die Rede war etwa von einer «sinnvollen Art der Verdichtung» (Mark van Wijk, FDP), von einem «ansprechenden Richtprojekt» (Verena Schneider, Fraktion EDU/EVP), vom «gelungenen Aspekt, dass das prägende alte Gebäude stehen bleibt» (Nicole Krenger, Fraktion GLP/Die Mitte). Peter Aegerter (SVP) zeigte sich bezüglich Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit «total überzeugt».

In dieser Hinsicht waren jedoch nicht alle gleicher Meinung. «Wir bauen nicht für heute, sondern für die nächsten 60 bis 80 Jahre», sagte Manon Jaccard (SP). Deshalb seien strengere Energievorschriften angezeigt. Dies sowie eine Beschränkung der maximalen Anzahl Parkplätze pro Wohnung auf 0,5 wollte die SP mit Anträgen erreichen. Vorgehen ist in der ZPP eine Bandbreite von 0,5 bis 0,9 – das Wett-

bewerbsprojekt geht laut Raphael Lanz von 0,7 Parkplätzen pro Wohnung aus.

SP zieht Anträge wieder zurück

Unterstützung für die Anträge stellten die Grünen in Aussicht: «Wir sind der Meinung, dass sehr grosser Ehrgeiz beim Bauen gefragt ist. Wir müssen dieses Zeichen mit den 0,5 Parkplätzen setzen», erklärte ihr Sprecher Thomas Hiltbold. Stadtpräsident Raphael Lanz wies hingegen darauf hin, dass die entsprechende Änderung der ZPP eine Verzögerung von mehreren Monaten mit sich bringen würde. Und: «Die 0,7 Parkplätze pro Wohnung sind im Projekt drin, das ist in dem Sinn verbindlich.»

Lanz versprach zudem, mit den Investoren Verhandlungen für einen höheren Energiestandard bei den geplanten Neubauten zu führen. Diese letzten beiden Punkte bewegten die SP nach einem Sitzungsunterbruch dazu, ihre Anträge zurückzuziehen. Die ZPP wurde schliesslich vom Stadtrat einstimmig genehmigt.

Durch die Zonenplanänderung erhöht sich der Wert des Areals – und zwar laut den Stadtratsunterlagen um über 4,4 Millionen Franken. Wird das vorliegende Projekt umgesetzt, erhält die Stadt 35 Prozent dieser Summe, was über 1,5 Millionen entspricht.

Doch wie geht es jetzt konkret weiter? Bei der öffentlichen Planauflage Anfang Jahr gingen vier

Einsprachen von Privaten ein, wovon eine noch hängig ist – entscheiden wird der Kanton im Rahmen des Genehmigungsverfahrens. Läuft alles wie vorgesehen, soll die Planung im ersten Quartal 2022 rechtskräftig sein. Anschliessend wird ein Baubewilligungsverfahren durchgeführt. Der Baustart für die neue Überbauung ist für 2022/2023 vorgesehen.

Das ist geplant

2017 hat die Pensionskasse des Schweizerischen Anwaltsverbands die Parzellen an der Bernstrasse 11 in Thun gekauft. Rund um das ehemalige Gebäude des Uhrenzulieferers Comadur soll eine neue Überbauung entstehen, wobei das denkmalgeschützte Fabrikgebäude erhalten und saniert wird. Vorgesehen sind im aus einem Wettbewerb als Sieger hervorgegangenen Projekt «Capybara» zudem drei Neubauten. Platz bietet die Überbauung für gut 60 neue Klein- und Familienwohnungen. Hinzu kommen

Dienstleistungsflächen im Erdgeschoss sowie vielseitig nutzbare Aussenräume. Das Areal soll an das Fernwärmenetz der Kehrichtverbrennungsanlage Thun angeschlossen werden. Der Gemeinderat betont in den Stadtratsunterlagen: «Die Planung fördert die qualitätsvolle Innenentwicklung und den Schutz von Kulturland.» Von der laufenden Ortsplanungsrevision wurde das Areal Bernstrasse 11 ausgenommen, damit die neue Zone mit Planungspflicht bereits früher genehmigt und umgesetzt werden kann. (mik)

«Schuh-Pforte» bald im Osten statt im Norden

Interlaken Es steht ein Umbau des Restaurants Schuh an. Den Konditoreiläden wird es nicht mehr geben.

Bis am 27. September liegt die Baupublikation für einen hauptsächlich internen Umbau des Grand Café Restaurant Schuh in Interlaken auf. Thomas Michel hat an einer Medienorientierung mitgeteilt, dass die Gastgeber – Eun Hae und Jürg Lehmann sowie Michel selbst als operativer Geschäftsführer – sich freuen, diesen Herbst das nächste Kapitel in der Schuh-Geschichte zu schreiben.

Auf Anfrage erklärt er konkreter, wie dieses aussehen soll. Auf der Nordseite des Gebäudes mit seiner markanten Dachründi, die an den Höhweg angrenzt, wird es künftig kein Confiserie-Fachgeschäft und auch keinen Restauranteingang mit Barteil mehr geben. «Welche Geschäfte dort einziehen werden, weiss ich nicht», sagt Michel. Als Bauherrschaft für den Gesamtumbau zeichnet Stefan Kirchhofer, die Restaurantpächter haben bei der Umgestaltung des Restaurantteils im südlichen Bereich des Gebäudes mitgewirkt.

Ade Orientexpress

Das neue Restaurant wird 181 Innen- und 192 Aussensitzplätze haben. Die heutige Innenausstattung mit dem sattroten, mit der eleganten Logo-Biedermeierdame verzierten Teppich erinnert ein bisschen an vornehme Eisenbahnwaggons. «Der etwas verstaubte Orientexpress-Touch wird verschwinden», sagt Michel. Das neue Restaurant soll hell und offen werden, mit einem neuen Bodenbelag. Erhalten bleiben wird die Kirschbaumholzdecke.

Der Eingang zum Traditionsrestaurant wird künftig auf der Ostseite des Gebäudes an der Höhematte liegen und einen Windfang haben. Dort wird dann auch der Schriftzug «Restaurant Schuh» angebracht werden. Die Toilettenanlage wird umfassend saniert. «Die Konditorei bleibt dem Schuh erhalten. Es ist uns ausserordentlich wichtig, diese Tradition aufrechtzuerhalten», schreiben die Pächter.

Das neue Konzept beinhaltet einen Verkaufsstandort für Patisserie und ausgewählte Schokoladenprodukte in den Räumlichkeiten des Restaurants. Es wird auch für die Laufkundschaft möglich sein, eine bestellte Torte abzuholen oder ein feines Stück Patisserie mitzunehmen. Die drei Konditoreifachleute, die aktuell im Schuh arbeiten, werden das auch weiterhin tun. Von einer anderen Schuh-Tradition musste die Geschäftsführung als Corona-bedingte Sparmassnahme Abschied nehmen: Es gibt keinen Klavierspieler mehr.

Eröffnung vor Weihnachten

Aufgrund der Umbauarbeiten bleibt das Restaurant Schuh vom 3. Oktober bis 18. Dezember geschlossen. Der Umbau des heutigen Confiserie Ladens, der als Chocolatier-Confiseur angesprochen ist, erfolge in naher Zukunft, schreiben die Restaurantpächter, aber nicht gleichzeitig mit dem Restaurantumbau. Bei schönem Wetter im Oktober wird es auf der Terrasse am Höhweg von 11.30 bis 18 Uhr ein Pop-up-Angebot geben.

Anne-Marie Günter

Berner Oberländer/Thuner Tagblatt
Freitag, 24. September 2021

Müssen doch nicht alle Mitholzer wegziehen?

Kandergrund Das VBS will im kommenden Jahr die Gefahrenzonen für die Räumung des Munitionslagers Mitholz festlegen. Möglicherweise dürfen einige Bewohner doch bleiben. Auch bezüglich des Strassentunnels gibt es Neuigkeiten.

Claudius Jezella

Rund 130 Bewohnerinnen und Bewohner von Mitholz werden ihre Häuser spätestens 2030 verlassen müssen, damit danach die eigentliche Räumung des ehemaligen Munitionslagers beginnen kann. Danach bleibt der Ort für rund zehn Jahre ein Geisterdorf, bis die gesamte explosive Altlast im Berg, rund 3500 Brutotonnen Munition mit mehreren Hundert Tonnen Sprengstoff, geborgen ist. Davon ist man zumindest bisher immer ausgegangen. Und es gibt nicht wenige im Dorf, die auf eine Alternative hoffend beispielsweise auf die Verkapselung der Munitionsrückstände setzen. Mit der Ablehnung dieses Vorschlags durch das VBS ging eine gewisse Ernüchterung einher. Gestern allerdings gab ausgerechnet dieses Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport selbst der Hoffnung neue Nahrung, dass die lange Evakuierung möglicherweise doch vermieden werden könnte. Zumindest für einige der Betroffenen.

Ausziehen oder nicht? – Eine Frage der Zone

An einer Infoveranstaltung für die betroffene Bevölkerung legten die Verantwortlichen beim VBS unter anderem Details ihrer Risikoanalyse 2022 offen. Damit sollen die «Grundlagen für die Definition des Evakuierungssperimeters sowie der Sicherheitszonen» erarbeitet werden, wie es offiziell heisst. Konkret soll die



Blick auf die Fluh von Mitholz (rechts), wo noch 3500 Tonnen Munition eingelagert sind. Foto: Bruno Petroni

des Evakuierungssperimeters verlaufen, wird im Rahmen des geplanten Mitwirkungsverfahrens im zweiten Quartal 2022 öffentlich aufgelegt.

Wohin wird die Strasse verlegt?

Bei einem ebenfalls am Donnerstag durchgeführten Gespräch mit Pressevertretern (die Infoveranstaltung für die Bevölkerung war nicht öffentlich) versuchte Adrian Goetschi als Projektleiter der Räumung des Munitionslagers in Mitholz das Bemühen seiner Behörde um ein Entgegenkommen zu demonstrieren. Und zwar auch in einem weiteren strittigen Punkt: der Verlängerung des Mitholz隧nels, durch den die Nationalstrasse vor einer eventuellen Explosion geschützt werden soll.

Die ursprünglich vorgesehene Linienführung links am Dorf vorbei stösst laut Goetschi in der Bevölkerung auf Widerstand. Bei der Variante durch die Ebene bestünden Bedenken wegen des Grundwassers. Also werde nun eine neue Linienführung entlang der Fluh, oberhalb oder unterhalb der Bahnlinie, geprüft. Der Strassentunnel wie auch die Schutzgalerie die BLS-Linie sollen ab 2026 realisiert werden. Dann müssen die ersten Häuser in diesen Bereichen bereits geräumt sein.

Schon 2022 starten die ersten Arbeiten

Ein zentraler Punkt der Informationsveranstaltungen des VBS am Donnerstag war der Start des militärischen Plangenehmigungsverfahrens (MPV) für Sicherheits- und Vorbereitungs-massnahmen im ehemaligen Munitionslager, das ab Ende dieses Monats öffentlich aufliegt. Eine dieser Massnahmen ist die

Sicherung des durch die Explosion von 1947 verschütteten Bahnstollens. Hier sollen Munitionsrückstände vor herabfallenden Felsblöcken geschützt werden, um Explosionen zu vermeiden. Die Arbeiten sollen 2022 beginnen.

Um das Risiko für die Umgebung zu verkleinern, sollen ebenfalls 2022 Trennwände in der militärischen Anlage im Berg entfernt werden. Dadurch soll sich der Druck einer möglichen Explosion besser verteilen. An den Ausgängen der bestehenden Stollen sollen zudem Pfropfen sowie ein Hochdrucktor eingebaut werden, um das Ausblasen von Trümmern in Richtung des Siedlungsgebiets zu verhindern.

Dreispietz, Schuttkegel und Fluh werden abgetragen

Aus geologischen Gründen und aus Gründen der Arbeitssicherheit muss nach Angaben von Hanspeter Aellig, stellvertretender Projektleiter Mitholz, der Bahnstollen für die Räumung freigelegt werden. Dazu müssen der sogenannte Dreispietz, eine markante Felsformation, Teile

der Fluh und der davorliegende Schuttkegel bis zum Niveau über dem Scheitel des Bahnstollens (circa 1010 Meter über Meer) abgebaut werden. Zuvor müssten Hohlräume und Klüfte in der instabilen Fluh mit einem losen Material verfüllt werden, um einen Einsturz beim Abbau zu verhindern. Der Rückbau ist von 2024 bis Ende 2028 geplant.

Sprengungen vor Ort sind sehr wahrscheinlich

Die eigentliche Räumung der rund 3500 Brutotonnen Munition ist erst ab 2031 vorgesehen. Dabei soll eine Belastung der Umwelt durch die in der Munition enthaltenen Explosionsstoffe und Schwermetalle nach Angaben der Verantwortlichen verhindert werden. So werde zum Beispiel geprüft, ob die Räumstelle mit einer Halle überdeckt werden soll, um unerwünschte Auswaschungen durch Niederschläge zu verhindern.

Doch bereits ab 2026 soll die entsprechende Infrastruktur für die Räumung und Entsorgung vor Ort erstellt werden. Wie Hanspeter Aellig ausführt, sollen

«Wir haben Unterstützung angeboten, und wir wollen Wort halten.»

Matthias Matti zuständig für die Unterstützung der Mitholzer Bevölkerung

möglichst kurze Transportwege für die Entsorgung geschaffen werden. Aellig geht denn auch im Moment davon aus, dass die Entschärfung und Sprengung der Munition zu einem grossen Teil vor Ort stattfinden wird. Und zwar möglicherweise bereits vor 2031. Schon beim Abtragen von Dreispietz und Schuttkegel sei laufend damit zu rechnen, dass Fundstücke geborgen würden.

Das VBS will «fair entschädigen»

Bis Ende dieses Jahres sollen die laufenden Bewertungen der Liegenschaften in Mitholz abgeschlossen sein. Auf Basis der Bewertung werde ein Angebot für

die individuelle Entschädigung gemacht, heisst es offiziell. Das Entschädigungsmodell sieht vor, dass den Betroffenen «an einem neuen Standort innerhalb einer Bandbreite die Preisdifferenz für eine Ersatzliegenschaft in vergleichbarer Grösse, Nutzungsart, Ausbaustandard und Zustand entschädigt wird». Zudem sollen auch die Umtriebe wie Umzugskosten sowie alle anfallenden Steuerkosten ausgeglichen werden.

«Wir verfahren bei dieser individuellen Bewertung nach dem Prinzip: Im Zweifel für den Eigentümer», machte Matthias Matti am Donnerstag deutlich. Matti ist für die Unterstützung der Mitholzer Bevölkerung in allen Fragen rund um die Räumung zuständig. «Wir haben Unterstützung angeboten, und wir wollen Wort halten», so Matti, der «faire und einvernehmliche Lösungen» anbieten möchte, auch für die betroffenen Landwirte. Ab Oktober baut das VBS in Zusammenarbeit mit den kantonalen Fachstellen sein Hilfsangebot in den Bereichen Gesundheit, Finanzen, Arbeit, Notlagen, Wohnen und Unterstützung zu Hause aus.

2022/23 entscheidet das Parlament

Im zweiten Quartal 2022 wird ein Mitwirkungsverfahren zum Sachplan-Objektblatt Mitholz durchgeführt. Dieses wird unter anderem den Anlageperimeter, die Perimeter der Projektinfrastrukturen für Schutzbauten, Strasse und Bahn sowie die Evakuations- und Sicherheitsperimeter umfassen. Die Botschaft mit den erforderlichen Krediten soll bis Ende Oktober 2022 durch den Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet werden. Eine Entscheidung wird bis 2023 erwartet.

Seit dem Jahr 2004 muss auf dem Gemeindegebiet von Thun flächendeckend fürs Parkieren bezahlt werden. Und seit 2009 nimmt die Firma Securitas AG die Aufgabe wahr, Parksünderinnen und -sünder zu finden und zu büssen. Gestern Abend hatte der Thuner Stadtrat darüber zu befinden, ob die Securitas den ruhenden Verkehr auch in den Jahren 2022 bis 2026 kontrollieren soll, wie es der entsprechende Leistungsvertrag vorsieht. Nach der öffentlichen Ausschreibung hatte Gemeinderat Peter Siegenthaler (SP) im Juni – unter Vorbehalt des Entscheids durch das Parlament – der Securitas den Zuschlag erteilt (wir berichteten).

Die Securitas erfülle alle Kriterien, welche die Stadt an einen Auftragnehmer für Parkkontrollen stelle, befand Mark van Wijk im Namen der FDP. «Und das System läuft seit Jahren erfolgreich», Ronald Wyss (Mitte/GLP) sprach zwar – im Zusammenhang mit dem zu genehmigenden Kostendach von jährlich 450'000 Franken – von «hohen Ausgaben», meinte aber ebenso: «Gerade weil viele Parkplätze in der Innenstadt aufgehoben wurden, bleiben die Kontrollen wichtig.» Und Thomas Bieri (SVP) sagte, dass es schlicht «sinnvoll» sei, die Aufgabe weiterhin an die Securitas zu übertragen.

Aufgabe zurück an Staat?

Etwas mehr Widerspruch kam von der linken Ratsseite: Alice Kropf (SP) konstatierte, dass die Zahl privater Sicherheitsdienste seit 20 Jahren kontinuierlich zunahm. Dies sei in zweierlei Hinsicht nicht optimal. «Wir finden es problematisch, wenn solche Aufträge an Private delegiert werden. Das sollte klar eine



Eine Mitarbeiterin der Firma Securitas verteilt beim Kontrollgang auf dem Stadthofplatz in der Thuner Innenstadt eine Parkbusse. Foto: Patric Spahnli

staatliche Aufgabe sein.» Zudem sei der Gesamtarbeitsvertrag bei privaten Sicherheitsfirmen «eher schwach» – verglichen mit der Situation städtischer Angestellter.

Den Finger auf einen anderen Punkt legte Reto Kestenholz (Grüne/G). Seine Fraktion hoffe, dass die Ausgaben für diese Parkkontrollen künftig tiefer ausfallen würden. Immerhin sei durch die neuen Parkhäuser und

die weggefallenen oberirdischen Parkplätze auch mit tieferen Einnahmen zu rechnen. Zumindest ein Nullsummenspiel müsse resultieren. «Zudem würden smarte Lösungen, zum Beispiel mit Bezahl-Apps, wohl auch zu tieferen Kosten bei den Kontrollen führen», so Kestenholz.

Links teils Enthaltungen

Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler entgegnete, dass sich

die Stadt neuen Technologien nicht verschliesse. Würden die 450'000 Franken pro Jahr nicht ausgeschöpft, verblieben sie in der Stadtkasse. Und an die Adresse Kropfs antwortete er: «Der Gedanke, dass die Aufgabe zurück an die Stadt geht, ist legitim, aber so derart attraktiv sind die Kontrollen offenbar auch wieder nicht.» In seiner Direktion stehe jedenfalls niemand Schlange für diese Tätigkeit, die

in einem gewissen Umfang auch von Mitarbeitenden der Gewerbspolizei vorgenommen werde. Letztlich waren der Leistungsvertrag mit der Securitas und der zu sprechende Kredit aber kaum bestritten. Das Parlament genehmigte den gemeinderätlichen Antrag mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen aus dem linksgrünen Spektrum.

Gabriel Berger